

Tabakarbeiter

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Verantwortlich: für den redaktionellen Teil Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. Druck: J. F. Schmalfeldt & Co. sämtlich in Bremen

Erscheint Sonnabends. Redaktionschluss Montags. Bezugspreis monatlich 40 ¢ ohne Bringerlohn. Anzeigenpreis 35 ¢ für die sechseckhaltene Millimeterzeile. Redaktion, Expediition, Verlag: Bremen, Am der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Nummer 34

Bremen, 20. August

Jahrgang 1932

Die Lage des Arbeitsmarktes

Das Ergebnis der Ende Juli 1932 aufgenommenen Statistik des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes zur Feststellung der Beschäftigungsmöglichkeit seiner Mitglieder liegt vor. Erfasst wurden insgesamt 50 960 (12 122 männliche und 38 838 weibliche) Verbandsangehörige, von denen 21 955 (5813 männliche und 16 142 weibliche) völlig arbeitslos waren, während 13 729 (2802 männliche und 10 927 weibliche) verkürzt arbeiten mußten. Im einzelnen war die tarifliche Wochenarbeitszeit verkürzt um Stunden

bei	1—8	9—16	17—24	25 u. mehr
Männlichen	1440	374	652	336
Weiblichen	4979	2699	2593	656
Insgesamt	6419	3073	3245	992

Voll ausnutzen konnten ihre tarifliche Wochenarbeitszeit 14 465 (3306 männliche und 11 159 weibliche), während 811 (201 männliche und 610 weibliche) darüber hinaus arbeiteten. Ueberstunden wurden in der Woche gemacht

bei	1—3	4—6	7 und mehr
Männlichen	84	88	29
Weiblichen	103	452	55
Insgesamt	187	540	84

Um Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, lassen wir nunmehr die Verhältniszahlen vom Ende Juni und Ende Juli folgen. Sie zeigen, daß die Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie sich infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit um etwas verschlechtert hat. Ausgenommen die Zigarettenherstellung, wo eine kleine Verbesserung zu verzeichnen ist. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage müssen wir bedauerlicherweise feststellen, daß in der Herstellung von Zigarren, Rauch- und Schnupftabak immer noch Ueberstunden gemacht werden. Ferner möchten wir darauf hinweisen, daß bei der Berichterstattung in diesem Monat 87 Zahlstellen fehlen, darunter auch einige größere. Wir möchten die säumigen Zahlstellen dringend ersuchen, in Zukunft Berichte über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit pünktlich einzusenden.

Von je 100 statistisch erfaßten Verbandsmitgliedern waren

Insgesamt	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Ende Juni	42,76	27,07	28,60	1,57
Juli	43,08	26,94	28,39	1,59

+ 0,32 — 0,13 — 0,21 + 0,02

Zigarettenherstellung

Juni	49,88	22,17	26,08	1,87
Juli	50,74	23,06	24,29	1,91

+ 0,86 + 0,89 — 1,79 + 0,04

Zigarettenherstellung

Juni	30,22	37,52	32,26	—
Juli	29,92	33,04	37,04	—

— 0,30 — 4,48 + 4,78 —

Rauchtabakherstellung

Juni	5,14	53,10	41,76	—
Juli	5,56	55,74	38,70	—

+ 0,42 + 2,64 — 3,06 —

Rauchtabak- und Schnupftabakherstellung

Juni	25,03	28,04	39,73	7,20
Juli	29,48	27,01	34,98	8,53

+ 4,45 — 1,03 — 4,75 + 1,33

Die Ende Juli erfaßten Verbandsmitglieder verteilten sich auf die einzelnen Zweige der Tabakindustrie wie folgt:

Es gehörten zur Herstellung von		davon weibliche	
Zigarren	34 564	25 148	72,8%
Zigaretten	12 638	11 388	90,2%
Rauchtabak	1 977	1 070	54,1%
Rauch- und Schnupftabak	1 781	1 232	69,2%

Davon waren in der Herstellung

von	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Zigarren	17 539	7 970	8 396	659
Zigaretten	3 781	4 176	4 681	—
Rauchtabak	110	1 102	765	—
Rauch- und Schnupftabak	525	481	623	152

Abschließend bringen wir eine Gegenüberstellung, aus der zu ersehen ist, wieviel Arbeitsstunden die statistisch erfaßten Verbandsmitglieder in der letzten Woche des jeweiligen Monats geleistet haben.

Die Zahl der wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden betrug in der

Zigarettenherstellung	Insgesamt		pro beschäft. Mitglied	
	Arbeitsl.	Kurzarb.	Vollarb.	Ueberarb.
Juni	779 070	20,71	41,32	—
Juli	698 656	20,21	41,04	—

— 80 414 — 0,50 — 0,28

Zigarettenherstellung

Juni	298 732	23,86	34,20	—
Juli	323 968	25,63	36,58	—

+ 25 236 + 1,77 + 2,38

Rauchtabakherstellung

Juni	82 694	41,70	43,96	—
Juli	82 703	41,83	44,30	—

+ 0,9 + 0,13 + 0,34

Rauchtabak- und Schnupftabakherstellung

Juni	70 036	34,10	45,48	—
Juli	56 560	31,75	45,03	—

— 13 476 — 2,35 — 0,45

Internationales Berufsekretariat

(IOB.) In Genf ist der Generalrat des Internationalen Berufsekretariats der Lehrer (IBL) zusammengetreten und hat sich mit der Stellungnahme der freigewerkschaftlichen Lehrer zur Krise, zur Gefährdung der Jugend durch die gegenwärtige Wirtschaftsnot und zur schlechten Lage der Junglehrer befaßt. Der Generalrat gab „seinem bestimmten Willen Ausdruck, alles zu tun, um mit Hilfe der Gesamtheit der im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeiter die reaktionären Mächte an der Untergrabung eines geregelten Schulunterrichts und der Existenz des Lehrperso-

nals zu verhindern.“ Mit Bedauern stellte der Kongreß fest: „Die gegenwärtige Wirtschaftskrise bedeutet in doppelter Hinsicht eine große Gefahr für die Jugend: 1. Die Verkürzungen der öffentlichen Ausgaben für Schule und Kinderfürsorge bringen es mit sich, daß unterernährte Kinder von überarbeiteten, schlecht besoldeten Lehrern mit unzulänglichen Mitteln in überfüllten Klassen unterrichtet werden. 2. Die Finanznot wird in steigendem Maße von den reaktionären Kreisen ausgenutzt, um unter dem Deckmantel der Sparsamkeit alle fortschrittlichen Schul- und Fürsorgeein-

richtungen zu beseitigen und Lehrkräfte mit sozialistischer und pazifistischer Gesinnung zu maßregeln. Durch beide Arten von Maßnahmen wird unermeßlicher Schaden angerichtet, der nicht wieder gutzumachen ist.“

Mit besonderem Nachdruck wies der Generalrat des IWL auf die schlechte Lage der Junglehrerschaft in vielen Ländern hin. Er bat die angeschlossenen Organisationen, „mehr als in der Vergangenheit ihre Aufmerksamkeit der Verbesserung der Existenzbedingungen dieser Kategorie zu widmen.“ Ferner forderte er alle Kollegen, und vor allem die Junglehrerschaft auf, „in die Lehrgewerkschaften des Internationalen Gewerkschaftsbundes einzutreten.“

Was die Wirtschaftsprobleme im allgemeinen betrifft, so erinnerte der Generalrat des IWL an die von Jouhaug, Mertens und Schuerch im Namen der Arbeitergruppe auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz unterbreitete Resolution über die Arbeitsbeschaf-

fungs- und Währungsfrage, deren Forderungen durch die Einberufung einer Weltwährungskonferenz durch England zurzeit im Mittelpunkt des Interesses stehen. Es heißt in der zu dieser Frage angenommenen Entschließung u. a.:

Das IWL bittet die angeschlossenen Organisationen, bei ihren Regierungen alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, damit die Delegierten der nächsten Völkerbundstagung den Auftrag erhalten, die Pläne, die von der 16. Internationalen Arbeitskonferenz auf Vorschlag der Arbeitergruppe angenommen wurden, zu unterstützen. Insbesondere weist der Kongreß auf folgende Punkte hin: Aufstellung einer Liste großer internationaler Arbeiten; Organisation ihrer Finanzierung und Sicherung ihrer Ausführung; Schaffung der Grundlagen einer stabilen internationalen Währung; Studium der Probleme der Produktion und des Austausches, um auf diese Weise in Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen zu internationalen Vereinbarungen über die Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues zu gelangen.

Krise vernichtet Volksgesundheit

In Berlin fand kürzlich ein Vortrag des leitenden Arztes vom Hufeland-Hospital, Dr. Felix Boenheim, statt, der sich mit der gesundheitlichen Lage des deutschen Volkes beschäftigte. Aus dem von diesem Redner vorgebrachten Material möchten wir folgende Fälle herausgreifen, welche deutlich zeigen, wie die Krise die Gesundheit des deutschen Volkes vernichtet:

Eine Rundfrage bei den Krankenhäusern ergab, daß sehr viel Patienten in einem Zustand bedenklicher Unterernährung aufgenommen werden. So wurde z. B. bei einer Patientin bei der Einlieferung ein Körpergewicht von 24 Kilogramm festgestellt. Infolge zureichender Ernährung erreichte sie in kurzer Zeit das Gewicht von 42 Kilogramm. In den Kinderkliniken der Universität in Heidelberg und Marburg wurden die gesundheitlichen Schäden bei Kleinkindern auf den Mangel ausreichender Obst- und Gemüseernährung zurückgeführt. In den Großstädten mußte festgestellt werden, daß Kinder im Wachstumsalter nicht einmal genügend Brot erhalten. Bei 10 000 untersuchten Kindern ergab sich ein Zurückbleiben von der normalen Wachstumsgröße um 5 Zentimeter. Bei Kontrollen der Ernährungsweise der Haushaltungen hat sich für Berlin ergeben, daß nicht nur die Arbeitslosenfamilien, sondern die Familien noch beschäftigter Arbeiter zu 80 v. H. die als wirtschaftlich für notwendig erachteten Nahrungsmittel weder der Art noch der Qualität nach zu erziehen in der Lage sind.

Die amtlichen Statistiken kennen zwar die Rubrik „Hungertod“ nicht, trotzdem gibt es sehr viele Menschen, deren Tod darauf zurückzuführen ist, daß sie „schleichend verhungern“, die unmittelbare Todesursache ist dann freilich „Herzschlag“. Unheilvoll wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Krankenhausbehandlung aus. Mangels an Mitteln sind viele Krankenhäuser unbelegt, müssen sogar geschlossen werden. Bezüglich der Länge der Krankenhausbehandlung zeigt die Statistik, daß aufgenommene Selbstzahler im Durchschnitt 16,9, Krankenkassenmitglieder 26,4 und Wohlfahrtspatienten 30,9 Tage im Krankenhaus verweilen. Dies liegt daran, weil die Selbstzahler in der Regel durch zulängliche Ernährung und bessere Lebensweise so gestärkt sind, daß die Genesung schneller durchgeführt werden kann. Die sozial-pathologischen Auswirkungen der Lebenslagen der Bevölkerung sind mannigfaltig: Die Selbstmordziffer steigt, die Wohnungsnot — sehr häufig liegen drei Kinder in einem Bett oder zusammen mit Erwachsenen — zeitigt gräuliche Sitten. Die Kinderprostitution und die Geschlechtskrankheiten unter den Kindern nehmen zu, der Alkoholismus steigt . . .

Nur wenige Beispiele aus dem Vortrage von Dr. Boenheim. Wenn auch die Folgen der Unterernährung mit denen des Krieges vergleichbar sind, so aber nicht deren Ursachen. Dazumal herrschte Mangel, jetzt aber Ueberfluß. Die Verelendung des deutschen Volkes ist die Folge der wirtschaftlichen und politischen Krise.

Wie man die Wirtschaft stützt

Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ hat das englische Industriezentrum Manchester besucht. Er schildert, daß die Arbeitslosigkeit sehr groß sei. Die starke Baumwollindustrie setze jetzt von der Produktion 70 v. H. in England ab und 30 v. H. im Ausland, während das Verhältnis früher umgekehrt war. Von der starken Krise sei in den Straßen von Manchester nichts zu merken. „Die Bevölkerung ist gut gekleidet. Viel besser als vor dem Kriege. Auch die Arbeitslosen, vergleichsweise. Die Mieten bleiben auf gleichem Niveau. Die Bevölkerung nimmt stetig zu. Das alles ist sehr paradox. Auch sehr kapitalistische Theoretiker und Praktiker hängen der Erklärung an, daß in den letzten zehn Jahren ununterbrochener Arbeitslosenunterstützung die entsprechende „Dekonzentration des Reichtums“ sehr nutzbringend für das ganze gewesen sei. Sie sei, neben der relativen Hochhaltung der Löhne, die die Konsumkraft rette, der Grund dafür, daß die englische Wirtschaft in so erstaunlicher Weise bisher das Gleichgewicht gehalten habe. Nach den Statistiken über die Arbeitsleistung Manchester in diesem Augenblick müßte es eine Stadt sichtbaren Elends sein. Es prosperiert aber, fürs Auge jedenfalls. Es baut jetzt gerade Arbeiterwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit Hilfe eines städtischen und staatlichen Prämienystems, um 120 000 Menschen aus dem bereits sehr verbesserten „Slums“ ins Freie zu bringen. Der Staat, die öffentliche Hand, ist überall. Der englische Steuerzahler gibt ihm 25 v. H. seines Einkommens. Das wird rasend schnell umgeschlagen durch den Konsum der Arbeitslosen und aller anderen Begünstigten. Der Prozeß ist unheimlich.“

Hier wird bestätigt, daß die Engländer den Massenkonsum zu schätzen wissen. Hohe Löhne und Unterstützungssätze werden auch in Krisenzeiten aufrechterhalten. Das kommt der Wirtschaft zugute. **Stabile** Massenkaufkraft ist das

Rückgrat derselben. Nur verbohnte und reaktionäre Kleingeister wie in Deutschland nehmen das Segenteil an. Sie ahnen aber nicht, wie sie durch ihre Politik die gesamte Wirtschaft schädigen.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Der frühere Staatssekretär Dr. August Müller macht in der „Vossischen Zeitung“ Nr. 373 Vorschläge zur Reform der Arbeitslosenfürsorge. Er ist der Meinung, daß die Dezentralisierung der Arbeitslosenfürsorge ähnlich wie bei den Berufsgenossenschaften erfolgen müsse, weil dann das Verantwortungsbewußtsein wesentlich gesteigert würde. „Wahrscheinlich würde in manchen Wirtschaftsregionen weniger leichtfertig Auslandskapital zu gewagten Rationalisierungsmaßnahmen verwendet worden sein, wenn dahinter die Verpflichtung zu einer direkten Fürsorge für die der Arbeitslosigkeit anheimgefallenen Opfer der Rationalisierung gestanden hätte“. Wir wollen zu diesem Vorschlag nicht Stellung nehmen. Die heutige Regelung der Arbeitslosenfürsorge braucht bestimmt nicht in alle Ewigkeit als richtig anerkannt zu werden. Im heutigen Stadium der Krise kann jedoch an eine Umorganisation der Arbeitslosenfürsorge nicht gedacht werden. Professor Müller weist aber auch auf eine weitere entscheidende Frage, d. h. auf die Arbeitszeit hin: „Das Entscheidende ist die Anpassung der Arbeitszeit an die technischen Möglichkeiten und sozialen Bedürfnisse der Gegenwart.“ Und an einer anderen Stelle des Artikels sagt er, daß eine vorbeugende Regelung „an eine rechtzeitige krisenheilend wirkende Handhabung der Arbeitszeitfrage denken müsse.“ So kommen immer mehr Leute zu der Ueberzeugung, daß die Verkürzung der Arbeitszeit zur Milderung der Arbeitslosigkeit wesentlich beitragen könnte.

Stirfbrei für die andern

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat ein Buch geschrieben: „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik“.

Darin spricht Schacht den Gedanken aus, daß es deutsche industrielle Güter gäbe, die immer im Ausland verlangt werden. Deutschland sollte sich also ruhig einmal vom Weltmarkt abhängen lassen. Die „Neue Borsen-Zeitung“ fügt dem hinzu: „Herrn Dr. Schacht ist übrigens gar nicht wohl bei seiner Forderung, denn er erwartet durch seine Politik nicht die Rückkehr zum Wohlstand, sondern zu ungeahnter Armut. Er ist ehrlich genug, selbst zu sagen, daß wir bereit sein müßten, zum Stirfbrei als Hauptnahrungsmittel zurückzukehren.“

Schacht steht den Nationalsozialisten sehr nahe. Er hofft, unter deren Herrschaft wiederum in eine einträgliche Stellung zu kommen. Wenn das deutsche Volk seine Wirtschaft derartigen Leuten ausliefert, dann ist es auf Jahre hinaus zum Hungern verurteilt. In einer Zeit, wo die industrielle Produktion Güter in Massen hervorbringt, um das Leben wesentlich angenehmer und besser zu gestalten, wo dank dem Fortschritt der Technik die Natur derart ergiebig ist, daß Lebensmittel vernichtet werden müssen oder verfaulen, fordert ein Mann wie

Schacht, daß wir auf den Lebensstand der Kulis herabsinken.

Man wird geneigt sein, von den Leuten, die die Stirfbreikost preisen, zu verlangen, sie selbst zu probieren. Wer das verlangte, der könnte bei diesen Herren schön ankommen. Wenn die Heldentod, Opferwilligkeit, Lohnkürzung oder Stirfbreikost fordern, so nicht für sich, sondern nur von den andern, von den Proletariern. Die Herren selbst wollen bestimmt nichts vom Heldentod wissen, sondern sie wollen weiter ihr angenehmes Leben leben; sie wollen auch nichts von Lohnkürzung für sich wissen, denn sie brauchen doch das bisherige Einkommen zum standesgemäßen Leben; sie denken gar nicht daran, mit Stirfbrei vorliebzunehmen, denn das könnte ihre gesegnete Verdauung stören.

Alle diese Herren sind doch große Patrioten, die wollen für das und vom Vaterland leben, und das recht gut, damit sie den andern, den Dummen, begreiflich machen können, wie gut es für sie, für die Dummen der Heldentod, Lohnkürzung und Stirfbrei, ist. Es sind dies die aufbauwilligen Kräfte, die mit den Knochen und den Brotkrinden der Proletarier das bedrohte Vaterl... i wo, die bedrohte Tagedieberei der großen Patrioten retten wollen.

Das Problem der Schwarzarbeit

Ein großer Teil der Arbeitslosigkeit würde längst elend umgekommen sein, wenn es keine Schwarzarbeit gäbe. Von den Unterstützungsfällen, wie sie in Deutschland gezahlt werden, ist das Leben kaum aufrechtzuerhalten. Deshalb gibt es neben der regulären Armee der Beschäftigten ein großes unkontrollierbares Heer von Schwarzarbeitern. Alle Versuche, die Schwarzarbeit einzudämmen, sind bisher fehlgeschlagen. Solange die Hauptursachen der Schwarzarbeit, Arbeitslosigkeit und Not, nicht beseitigt sind, wird man diese nicht ausrotten können. Welchen Umfang die Schwarzarbeit angenommen hat, kann man daraus sehen, daß ihr Umsatz auf mindestens 700 Millionen Mark geschätzt wird. Für diese Summe könnten 150 bis 200 000 Arbeiter ein Jahr lang regulär beschäftigt werden. Neben den bereits genannten Ursachen wird die Schwarzarbeit aber auch durch mancherlei Dinge begünstigt. Die meisten Schwarzarbeiter werden in der Hauswirtschaft beschäftigt. Es ist nicht zu verkennen, daß die Preise für Reparaturen aller Art sehr überhöht sind. Wenn der Stundenlohn eines Arbeiters 1 Mark beträgt, so wundert sich der Auftraggeber, wenn er eine Arbeitsstunde mit 3 Mark angerechnet bekommt. Weil das Einkommen aller Bevölkerungsschichten gesunken ist, versucht natürlich jeder, notwendige Arbeiten so billig wie möglich ausgeführt zu bekommen. Die Schwarzarbeit hat ihre begründeten Ursachen und kann bis zu einem gewissen Grade entschuldigt werden. Aber zweifellos ist sie eine Gefahr. Eine vertraglich geregelte Tarif- und Lohnpolitik kann nicht aufrechterhalten werden, wenn ein Heer von Schwarzarbeitern neben der regulären gewerblichen Tätigkeit vorhanden ist. Die Gewerkschaften sind durchaus für Eindämmung der Schwarzarbeit, verkennen aber dabei keineswegs, daß es sich hier um die Auswirkung einer ganz außergewöhnlichen Notzeit handelt.

Nazigutsbesitzer als Lohndrücker

In der parteiamtlichen Schrift der Nationalsozialisten „Nationalsozialismus und Landarbeiterschaft“ fordern die Hakenkreuzler für die Landarbeiter einen Jahreslohn von rund 2000 M. Wenn Forderungen einen Sinn haben, müßte man nach menschlichem Ermessen erwarten, daß die nationalsozialistischen Arbeitgeber in der Landwirtschaft die in der parteiamtlichen Schrift aufgestellten Forderungen der Landarbeiterschaft gegenüber erfüllen. In der Praxis ist es allerdings so, daß die Nazigutsbesitzer absolut nicht daran denken, ihren Verpflichtungen gegenüber der Landarbeiterschaft nachzukommen.

Ein Musterbeispiel liefert in dieser Beziehung der N.-Führer Gutsbesitzer Finger in Rothbrüning in Schlesien. Dieser famose Arbeitgeber steht auf dem Standpunkt, daß er den Tariflohn nicht zu zahlen braucht. Er verweigert seinen Arbeitern die Lieferung der ihnen zustehenden Deputatkartoffeln und statt 1 Liter Milch täglich wird in seinem Betriebe nur $\frac{1}{2}$ Liter Milch geliefert. Anstatt drei Zentner Kohlen monatlich werden nur zwei Zentner geliefert. Bezahlt ist bisher auch nicht die tarifliche Erntezulage aus dem Jahre 1931. Sicher erwartete der Nazigutsbesitzer Finger, daß es im Laufe des Jahres 1932 zur Errichtung des Dritten Reiches käme und er damit den Forderungen seiner Arbeiter enthoben wäre.

Ein Teil der bei ihm beschäftigten Arbeiter hat die rückständigen Tarifdeputate und Lohnzahlungen inzwischen bei dem zuständigen Arbeitsgericht eingeklagt. Als Herr Finger von dem Richter darauf aufmerksam gemacht wurde, daß

die tariflichen Löhne unbedingt gezahlt werden müssen, antwortete er in voller Empörung: „Sie haben mir gar nichts zu sagen, Herr Amtsgerichtsrat. Ich zahle nicht den Tariflohn, und wer ihn von mir verlangt, der fliegt hinaus. Ich zahle, was ich will.“

Der Nazigutsbesitzer Finger bringt durch diese seine selbstherrlichen Neußerungen vor dem Arbeitsgericht eindeutig zum Ausdruck, was die Landarbeiterschaft vom Nationalsozialismus zu erwarten hat. Zwischen den Versprechungen der Hakenkreuzler und ihrem Handeln in der Praxis klaffen gewaltige Widersprüche, die für die Landarbeiterschaft eine ständige Warnung bleiben werden.

Berichte aus Gauen und Zahlstellen

Heidelberg. Am Sonntag, 7. August, fand im Gewerkschaftshaus in Heidelberg eine Konferenz für die Betriebsvertrauensleute der Zahlstelle Heidelberg statt, auf der 8 Orte vertreten waren. Kollege Riedling eröffnete gegen $\frac{1}{10}$ Uhr die Konferenz und erteilte unserem Gauleiter Kollegen Klein das Wort zu seinem Bericht über die letzten Tarifverhandlungen in der Zigarrenindustrie. Redner wies nach, daß unter den gegebenen Verhältnissen, ganz besonders der großen Arbeitslosigkeit, die seit Anfang 1931 in der Zigarrenindustrie zu verzeichnen ist, kein besseres Ergebnis zu erzielen war. Die Forderungen des A. D. Z., Beseitigung der Ferien und Lohnabbau bis zu 60 Prozent, bewiesen, daß die Fabrikanten die Notlage der Arbeiterschaft dazu benutzen wollen, um die Löhne noch unter den Stand der Vorkriegszeit herabzudrücken. Als geradezu unerhört muß es bezeichnet werden, daß man bei C- und D-

Fasson mit einem Gewicht von 8 bis 10 Pfd. einen Lohnabbau bis über 10 Prozent vorgenommen hat, obwohl jeder Fachmann weiß, daß schwierigere Fassons mit einem niederen Gewicht schwieriger zu arbeiten sind als dieselben Fassons in höheren Gewichtsklassen. Das haben selbst eine Reihe von Fabrikanten offen zugegeben. Kollege Klein wies an Hand von Beispielen nach, daß dort, wo das Organisationsverhältnis ein besseres ist, wie z. B. in der Zigarettenindustrie und im Rauch- und Schnupftabakgewerbe, auch unser Tarifverhältnis ein weit besseres ist als in der Zigarrenindustrie. Es gilt deshalb für die Zigarrenarbeiterschaft, daraus die nötige Lehre zu ziehen und unsere Organisation so auszubauen und zu stärken, daß wir in Zukunft allen Maßnahmen der Fabrikanten geschlossen gegenüberstehen. In der anschließenden Diskussion wurden von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen Fälle vorgetragen,

uns beweisen, daß die Fabrikanten mit dem jetzigen Lohnabbau noch keineswegs zufrieden sind und die Löhne durch verschiedene Maßnahmen noch weiter senken möchten. Es gilt daher für unsere Kollegenschaft, die Augen offenzuhalten und alle derartige Fälle der Organisationsleistung sofort mitzuteilen, damit Abhilfe geschaffen werden kann. Kollege **Löppinger** berichtete, daß ein Fabrikant seinen Arbeitern gegenüber erklärt habe, er könne es nicht verstehen, daß die Verhandlungsvertreter einem solchen Lohnabbau ihre Zustimmung gegeben hätten. Diese Äußerung sei jedoch nur Heuchelei, die Arbeitgeber hätten doch noch einen viel größeren Lohnabbau gefordert. Wenn dieser Arbeitgeber an besseren Lohnsätzen seiner Arbeiter ein Interesse hätte, dann solle er nur besseres Deckmaterial verarbeiten lassen, damit nicht Wochenlöhne von 9—10 M bei 48stündiger Arbeitszeit erzielt würden. Mit solchen Äußerungen wolle man nur die Arbeiterschaft gegen ihre Organisation aufheizen, um dadurch dieselbe zu zerfchlagen und so die Arbeiterschaft um so leichter ausbeuten zu können. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben sich sozial gefunden Sinn bewahrt, daß sie auf derartige Absichten einzelner Fabrikanten nicht hereinfallen. Am Schluß der Konferenz fand nachstehende Entschlußfassung einstimmige Annahme: „Die heutige Vertrauensmänner-versammlung der Zahlstelle Heideberg erkennt an, daß auf Grund der gegebenen Verhältnisse die Organisationsleistung in den letzten Lohn- und Tarifstreitigkeiten nicht anders handeln konnte als wie geschehen. Da die Existenzverhältnisse der Tabakarbeiter als unerträglich bezeichnet werden müssen, appelliert die Versammlung an die uns noch fernstehenden Berufsangehörigen, sich ungekümmt unseren Reihen anzuschließen, damit durch gemeinsame praktische Gewerkschaftsarbeit unsere Lage wieder gebessert werden kann. Alle Vertreter verpflichten sich, sofort in allen Orten und Betrieben in eine systematische Agitation für unsere Kampforganisation einzutreten, damit unser Ziel, eine menschenwürdige Zukunft aller Tabakarbeiter baldigst erreicht wird. Alle Vorgänge in letzter Zeit haben bewiesen, daß eine einheitlich geschlossene Tabakarbeiterorganisation das Gebot der Stunde sein muß für alle vernünftig denkenden Tabakarbeiter. Jedes Beiseitstehen oder getrennt marschieren, schädigt die Belange der Tabakarbeitererschaft.“

Herford. Am 7. August fand im Volkshaus in Herford eine Konferenz für den Gau Westfalen statt. Anwesend waren 102 Delegierte. In das Büro der Konferenz wurden gewählt als Vorsitzende die Kollegen **Karl Menke** (Bünde), **Fritz Schilling** (Lübbecke); als Schriftführer der Kollege **August Semmler** (Oberbeck). Nachdem Koll. **Borchard** die Konferenz eröffnet und die anwesenden Delegierten begrüßt hatte, wies der Kollege **Menke** auf die Bedeutung der Konferenz hin und kennzeichnete in gebührender Weise den wirtschaftlichen und politischen Kampf, den die Arbeiterschaft in letzter Zeit hat führen müssen. Nachdem erstattete der Gauleiter, Kollege **Borchard** (Herford), den Bericht über die Lohn- und Tarifverhandlungen in der Zigarrenindustrie. In klarer und eindeutiger Weise schilderte er die Vorgänge, die sich in der Zigarrenindustrie seit dem 1. Januar 1932 abgepielt haben. Insbesondere ging er auf die Verhandlungen mit dem **N. D. J.** vom 23. Juni in Bad Deynhaußen, vom 6. bis 8. Juli in Hamburg und die Bezirkstarifverhandlungen vom 14. Juli in Löhne und 21. Juli in Hamburg ein. Er zerpflückte im einzelnen die den Tabakarbeiter-Verbänden von den Zigarrenfabrikanten übermittelten Verschlechterungsanträge, die nur durch zähen Kampf zum erheblichen Teil haben abgewehrt werden können. Der Bericht veranschaulichte deutlich den Lohnraub, den die Zigarrenfabrikanten an der schon notleidenden Tabakarbeitererschaft vornehmen wollten,

sahen doch die Anträge des **N. D. J.** einen Lohnabbau bis zu 43 v. H. und einschneidende Verschlechterungen der tariflichen Bestimmungen vor. Wenn es in der Nacht vom 7. zum 8. Juli in Hamburg unter dem vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter, Herrn Dr. Stenzel, zu einer Vereinbarung gekommen ist, so nur aus dem Grunde, weil sich die verantwortlichen Funktionäre unseres Verbandes bewußt waren, daß ein Schiedsspruch mit den Arbeitgebern (da Herr Dr. Stenzel Verständnis für die Forderungen der Arbeitgeber hatte) nicht besser, sondern schlechter ausgefallen und das Tarifwerk auf Jahre hinaus zerfchlagen wäre. Nur um weitere Verschlechterungen, als die Hamburger Vereinbarung vom 8. Juli vorzieht, zu verhindern, das Tarifwerk zu erhalten, damit die Zigarrenarbeiterschaft nicht vollständig der Willkür der Zigarrenfabrikanten ausgeliefert sind, haben die Funktionäre des Verbandes schweren Herzens dieser Vereinbarung die Zustimmung gegeben. Beigetragen zu diesem Abschluß haben in nicht unerheblichem Umfange die Tabakarbeiter, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben und die trotz der tariflichen Bindungen für Löhne arbeiten, die ganz erheblich unter den Tariflöhnen liegen. Wenn die Tabakarbeiter aus diesen Vorgängen die richtige Lehre ziehen, sich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen und ihren Lohn jetzt entsprechend der neu abgeschlossenen Tarifverträge fordern, wird es in Zukunft möglich sein, wieder zu Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kommen, die auskömmlich und menschenwürdig sind. An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen **Niehaus** (Holzhäusen), **Frank** (Lemgo), **Hüfmeier** (Bünde), **Koch** (Brake), **Someyer** (Hausberge), **Ohlemeier** (Minden), **Waltermann** (Woltho). Sämtliche Diskussionsredner verurteilten auf das Schärfste das Vorgehen der Zigarrenfabrikanten und brachten zum Ausdruck, daß schon hieraus die Arbeiterfreundlichkeit der Zigarrenfabrikanten, die sie bei jeder Gelegenheit heuchelten, klar zutage treten sei. Es müsse alles darangesetzt werden, um auch den letzten Tabakarbeiter von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu überzeugen, denn nur wenn der Deutsche Tabakarbeiter-Verband gestärkt würde, sei es möglich, weitere Verschlechterungen abzuwehren und das wieder zurückzuerobieren, was den Tabakarbeitern in letzter Zeit durch brutale Gewalt genommen ist. Einmütig billigte die Konferenz die Haltung der Funktionäre und war der Meinung, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen für die Tabakarbeiter nichts anderes herausgeholt werden konnte. Nachdem Kollege **Borchard** noch etliche aufgeworfene Fragen richtiggestellt und zur Mitarbeit im Interesse der Tabakarbeiter und des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes aufgefordert hatte, schloß er mit dem Kampfruf „Freiheit“ sein Schlußwort. Kollege **Menke** (Bünde) faßte noch einmal alles Vorgetragene kurz zusammen. Mit der nochmaligen Aufforderung, alle Kraft für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband einzusetzen, schloß er mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband die Konferenz.

Verden. Am 7. August fand im Verbandslokal „Zum Schwarzen Bären“ unsere Quartalsversammlung statt. Der Kassierer gab den Kasfenbericht. Einwendungen gegen den Kasfenbericht wurden nicht erhoben. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Gauleiter **Könneke** (Hamburg) referierte über die stattgefundenen Lohnverhandlungen in der Zigarrenherstellung. Redner gab einen ausführlichen Bericht über die Reichs- und Bezirkstarifverhandlungen. Für die Tabakarbeiter sei bei diesen Verhandlungen nicht viel Gutes herausgekommen. Besonders schwer hätte es die Verhandlungskommission im Bremer Bezirk gehabt. Die Verhandlungskommission hätte ihr

möglichstes getan, doch seien alle Bestrebungen an der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gescheitert. Eine rege Aussprache fand statt, an der sich die Kollegen **Stumpe**, **Tinerner** und **Herzberger** beteiligten. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde scharf kritisiert, doch wurde von allen Rednern anerkannt, daß die Verhandlungskommission ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hätte. Zum Schluß wurde an den Kollegen **Könneke** eine Reihe von Fragen gerichtet, die Kollege **Könneke** ausführlich beantwortete. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Würzburg. Am 7. August hielt die hiesige Zahlstelle ihre Quartalsversammlung ab. Kollegin **Marie Wolf** referierte über die letzten Reichs- und Bezirkstarifverhandlungen. Bevor sie jedoch zum eigentlichen Thema überging, hielt sie es für angebracht, den Kolleginnen die Stellung der Frau im menschlichen Leben, Arbeitsverhältnis usw. auseinanderzusetzen. In leicht verständlicher Weise legte sie den Kolleginnen ihre Rechte, aber auch ihre Pflichten, auseinander. Mit großem Interesse folgten die anwesenden Kolleginnen den Ausführungen der Rednerin. Zu bedauern war nur, daß nur wenige Kolleginnen anwesend waren. Dann berichtete die Kollegin **Wolf** über die Tarifverhandlungen. Sie hob die Schwierigkeiten hervor, unter denen verhandelt werden mußte. Nur unter größter Ueberwindung hätte die Verhandlungskommission ihre Zustimmung zum Tarifabschluß gegeben. Die Kommission hätte dabei berücksichtigt, daß, wenn sie ihre Einwilligung nicht gab, es zu keinem Tarifabschluß gekommen wäre. Die Verhältnisse wären dann für die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Zigarrenherstellung noch bedeutend schlechter geworden. Die Diskussion war eine sehr rege. Es wurde sehr scharf verurteilt, daß die Firma **Strauß** noch den Antrag gestellt hätte, zu den Lohnkürzungen hinzu auch noch Würzburg in eine niedrigere Ortsklasse zu versetzen. Kollege **Schmidt** stellte den Antrag, der Verhandlungskommission das Mißtrauen auszusprechen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung des 2. Quartals 1932 vorgelegt. Die Kasfenverhältnisse befanden sich in größter Ordnung, dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Mit einem Appell an die Mitglieder, dem Verband die Treue zu bewahren und neue Mitglieder zu werben, schloß der Vorsitzende Kollege **Bauer** in später Stunde die Versammlung.

Bekanntmachungen

Am 20. August ist der 34. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 6. August. Barntrup 20.—, Koblenz 11.60.
- 8. Nordhausen 300.—, Regensburg 400.—, Dresden 2000.—.
- 11. Kaiserslautern 100.—.
- 15. Dresden 600.—.

Bremen, den 16. August 1932. J. Krohn.

Unserm lieben langjährigen Mitglied und Kollegen

Robert Draso

nebst seiner lieben Gattin zu ihrer am 24. August stattfindenden goldenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder und Ortsverwaltung der Zahlstelle Leipzig.

„Neue Ordnung“ mit Zuchthaus und Todesstrafen

Seit der Aufhebung des Uniformverbotens durch die Regierung Schleicher-Bapen, vor allem aber seit der Machtübernahme durch Bapen als Reichskommissar in Preußen am 20. Juli, herrschen in zahlreichen Gegenden Deutschlands Terror, Mord und Brandstiftung, wie in keinem Lande der Welt. Niemand, außer den Nazis, ist im Zeichen des Burgfriedens noch seines Lebens sicher. Bracht und Bapen haben beide feierlich versprochen, „geordnete Rechtszustände“ im Reich und im preußischen Staatsgebiet wiederherzustellen. Allein das Gegenteil wird durch die täglichen Ereignisse bewiesen. Es herrschen geradezu chinesische Verhältnisse. Erst seitdem Bapen die Privatarmee Hitlers legalisierte und den „aufbaumilligen Kräften“ das Recht auf die Strafe einräumte, reißen die Terrorakte nicht ab. Betroffen werden davon fast ausschließlich Personen und Führer von Organisationen, die sich gegen jeden gewaltsamen Umsturz, d. h. gegen den Bürgerkrieg wehren. In jedem Rechtsstaate wird die Staatsgewalt sich dieser verfassungstreuen Kreise im Kampfe gegen die Staatsfeinde bedienen und sie unter den besonderen Schutz des Staates stellen. In Deutschland stehen die Republikaner anscheinend außerhalb jedes staatlichen Schutzes. Selbst Frauen und Kinder werden nicht geschont und nur selten werden die Unruhestifter, Bombenwerfer und Mörder gefast.

Die Zerstörungsmut richtet sich vornehmlich gegen das Eigentum und die Einrichtungen der Arbeiterorganisationen, aber auch Konsumvereine, Amtsgerichte, Arbeitsämter, Warenhäuser werden von den Terroristen und Bomben-

werfern nicht verschont. Deutschland ist tatsächlich im Begriff, unter tatkräftiger Mitwirkung der „aufbauenden nationalen Kräfte“ in die Barbarei zu versinken. Die persönlichen, wirtschaftlichen und moralischen Schäden sind ungeheuer. Niemals ist die Rechtsunsicherheit so kraftig in Erscheinung getreten wie gegenwärtig. Sogar für Diebstähle und Ueberfälle wird das Notwehrrecht der SA. konstruiert. Die in Waffen starrenden SA. und SS-Formationen werden in den von Nazis regierten Staaten als Hilfspolizei eingestellt, während der Selbstschutz und Waffenbesitz bei Republikanern mit schweren Strafen geahndet wird. Die Zahl der Toten und Schwerverletzten seit dem 1. Juni ist kaum noch festzustellen.

Wir begnügen uns mit einer kurzen Aufzählung aus der Fülle der uns gemeldeten Terrorakte und Ueberfälle auf Gewerkschaftsfunktionäre und auf Gewerkschafts- und Volkshäuser, seitdem die „neue Ordnung“ in Preußen und im Reich ihren Einzug gehalten hat.

Am 8. Juni erfolgte der Ueberfall auf das Gewerkschaftshaus in Frankfurt an der Oder durch Nationalsozialisten, wobei etwa 60 Pflastersteine die Fensterscheiben und das Inventar zertrümmerten, obwohl das alte Gewerkschaftshaus unter Denkmalschutz steht.

Am 30. Juni überfielen gegen 1/2 12 Uhr nachts starke SA.-Trupps das Gewerkschaftshaus in Stuttgart und schlugen mit Gummiknüppeln auf die Gäste und die Wirtin ein, wobei die Wirtin und die Gäste nicht unerheblich verletzt wurden.

Am 10. Juli erfolgte in Trier der Ueberfall durch 100 uniformierte Nazis

auf einen Festzug der Eisernen Front, der von einem einzigen Polizeibeamten begleitet war, mit dem Ergebnis, daß ein Toter, vier Schwerverletzte und acht Leichtverletzte, alles Angehörige der Eisernen Front, auf der Strecke blieben.

Am gleichen Tage erfolgte in Ohlau in Schlesien der Sturm uniformierter Nationalsozialisten auf das Gewerkschaftshaus, bei dem drei Tote und 30 Verletzte, darunter zwei Frauen, zum Opfer fielen. Erst nach dem Einzug einer Eskadron des 11. Reiterregiments, die mit Karabinern und Revolvern ausgerüstet waren, wurde die Ruhe wiederhergestellt.

Am gleichen Tage wurde das Gewerkschaftshaus in Hagenow von den Nazis gestürmt, wobei ein Toter, vier Schwerverletzte und zehn Leichtverletzte als Opfer verzeichnet werden. Der Umzug der uniformierten Nationalsozialisten erfolgte ohne jede polizeiliche Bewachung.

An demselben Tage marschierten in Eckernförde etwa 2000 Nationalsozialisten auf, um einen sogenannten „Deutschen Tag“ festlich zu begehen. Als Programmpunkt war anscheinend der Sturm auf das Gewerkschaftshaus vorgesehen. Zwei Landarbeiter erlitten den Tod.

Am 15. Juli stürmten etwa 100 Nationalsozialisten das Gewerkschaftshaus in Halle a. d. S., wobei es vier Verletzte gab. Die Nazis wurden durch den Hauschutz zurückgeschlagen.

Am 21. Juli erfolgte der Sturm auf das Kreishaus des Deutschen Landarbeitersverbandes in Seegerberg. Fensterscheiben wurden zertrümmert, mehrere Fahrräder vernichtet und sonstiger Sachschaden angerichtet.

Deutschland erwacht

Ein Bericht über das „Dritte Reich“

Von Michel Schlagzu

(Schluß)

In der Speisebaracke wurden gerade die Napfe abgeräumt. Toni bedauerte das: „Ich hätte es gerne probiert.“ „Ja, ob sich das noch ermöglichen läßt, es wird immer gerade das Nötige gekocht...“, zögerte der Lageroffizier. „Aber, wenn Sie absolut wollen.“

Nach kurzer Zeit wurde ihnen ein Napf gebracht. „Es ist zwar nicht mehr ganz warm, wird also nicht mehr ganz so gut schmecken...“ Toni kostete, dann reichte er den Napf Joseph und Ferdl. „Das wird heiß wohl auch nicht sehr viel besser geschmeckt haben, das ist doch Dörrgemüse. Im Kriege haben wir so was Drahterhau genannt. Gestern hat's da wohl sicher Steckrüben gegeben und vorgefäulen Erbsenbrei oder Kohlsuppe.“ Der Lageroffizier lächelte verlegen. „Ja natürlich gibt es so etwas auch. Wir befinden uns nun mal in einer Zwangslage, das Essen darf nicht mehr als 40

Goldpfennig pro Mann und Tag kosten. Und was müssen wir alles dafür liefern! Mittags und abends muß warm gegessen werden, und morgens noch die Warmeladestullen. Wir geben uns wirklich alle erdenkliche Mühe, aber glauben Sie, daß wir die Leute satt kriegen? Die haben immer Hunger!“

„Achtung, Achtung, hier Großlautsprecher Goebbels. Der Knabenchor der Hitlerjugend singt aus dem Paragraphen 175 unseres Oraf Röhm: „O wie so trügerisch sind Weiberherzen.“

„Sehen Sie“, sagte der Lageroffizier, „unser Rundfunk trifft ganz den Geschmack unserer Leute. Der Rundfunk ist überhaupt fabelhaft! Täglich zwei Stunden des Militärmarsches sind ein unübertreffliches Erziehungsmittel für nationale Gesinnung. Hören Sie, unser altes preußisches Reservistenlied!“

Unaufgefordert stimmten die jungen Leute ein:

Haben wir drei Jahr gedient, ist unsre Dienstzeit aus,

dann schickt uns der Oraf wieder zer-rissen und zerlumpt nach Haus!

Der Lageroffizier begleitete sie zu ihrem Citroën. „Ich hoffe, unser Arbeitsdienstlager wird Ihnen in bester Erinnerung bleiben!“

Die Gaskammer

Am nächsten Morgen wurden sie schon sehr früh geweckt. „Es ist heute Ihr letzter Tag. Sie haben Glück, gestern und heute sind die ersten Kontrollversammlungen seit der Machtübernahme durch Adolf Hitler.“ „Ach, eine Stammrollenkontrolle?“ „Aber nein, ich sehe immer mehr, Sie sind in unserer nationalsozialistischen Literatur überhaupt nicht zu Hause. Kennen Sie nicht das Buch von Ernst Mann „Die Moral der Kraft“? Da hat er doch ausdrücklich schon erklärt, daß jährlich Kontrollversammlungen stattfinden sollen, bei denen der Gesundheitszustand des ganzen Volkes geprüft wird. Die Vorprüfungen haben schon in der letzten Woche stattgefunden. Und seit gestern untersuchen die Aerzte, ob sich Kuren für die einzelnen lohnen oder nicht. Ernst Mann hat in seiner Schrift gefordert: „Der Staat sorge streng für die Vernichtung aller Schwächlinge und Kränklinge. Auf jährlichen Kontrollver-

Am 22. Juli wurde das Volkshaus in Bunzlau gestürmt, nachdem der angeforderte Polizeischutz zurückgezogen war. Ein toter Reichsbannermann blieb als Opfer. Aber schon wenige Tage später, am 28. Juli, fielen in der Nacht erneut sechs Schiffe vor dem Volkshaus, die nur Sachschaden anrichteten.

Am 1. August hatten in Königsberg in Preußen, wie amtlich festgestellt, die SA vom Sturm 12 das Gewerkschaftshaus gestürmt. Außerdem sind in Königsberg und in Ostpreußen zahlreiche Ueberfälle und Morde an gewerkschaftlichen Funktionären verübt worden. Frauen und Kinder wurden nicht gespart. Bomben- und Handgranatenwürfen sind an der Tagesordnung.

In der Nacht vom 1. bis 2. August schleuderten Nationalsozialisten eine Stielhandgranate auf das Volkshaus in Dlegnit. Erheblicher Sachschaden wurde angerichtet.

Alle Vorstellungen bei den örtlichen und zentralen Behörden haben bisher an diesen unhaltbaren Zuständen nichts Wesentliches geändert. Die Gewerkschaften aller Richtungen in Ostpreußen haben einen „Aufruf an die ostpreußische Bevölkerung“ einstimmig beschlossen. Von den Verantwortlichen und den staatlichen Aufsichtsbehörden haben sie verlangt, daß alle staatlichen Machtmittel rückwärts eingesezt werden, um die feigen Mordüberfälle auf friedliche Bürger, die Bombenanschläge auf Zeitungsunternehmen, auf Warenhäuser, auf Einrichtungen der Arbeiterschaft, auf Amtsgerichte, Finanzämter und Bankinstitute zu unterbinden, weil sonst mit einem völligen Zusammenbruch der gesamten ostpreußischen Wirtschaft gerechnet werden muß.

Wird das Spiel der Nazis so weiter getrieben, dann werden die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von ihrem Notwehrrecht Gebrauch machen, denn ihre fast übermenschliche

Geduld gegenüber diesen Banditen ist bereits auf eine harte Probe gestellt worden. Reißt sie einmal, dann muß es für viele ein grausames Erwachen geben. Reichswehr und Polizei haben es, wenn ihre Führung nur will, jederzeit in der Hand, Deutschland vor diesem Neuzerker zu bewahren und den braunen Terrorbanden Einhalt zu gebieten. Aus den Vorgängen gilt es nur eine Lehre zu ziehen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen in den Betrieben und in ihren

Wohngebieten sich zur wirksamen Abwehr gegen den mörderischen Faschismus und seine Helfershelfer noch fester zusammenschließen, dann wird dieser gewaltige Block der Millionen sehr bald wirkliche Ordnung und Ruhe in Deutschland schaffen und noch einmal das Recht und die deutsche Kultur retten.

Die deutsche Arbeiterklasse läßt aus Deutschland kein Drittes Reich machen. Sie steht auf dem Boden des Rechts und wird dieses Recht zu verteidigen wissen.

Der Freiheit unwürdig!

In Deutschland wird jetzt der heldenmütige Kampf zwischen der Demokratie und der von Diktaturgelüsten beherrschten Reaktion ausgefochten. Die Straßen deutscher Städte zeigen Aufmärsche braun angezogener Gestalten, die sich einbilden, eine geschichtliche Mission erfüllen zu müssen. Sie glauben berufen zu sein, ein Strafgericht über Volksgenossen zu vollstrecken. In Wirklichkeit sind diese uniformierten Horden nichts anderes als Soldaten der Reaktion, willfähige Werkzeuge der Todfeinde jeder Volksfreiheit. Seit 300 Jahren kämpft die Demokratie in Europa gegen den Absolutismus, gegen Knechtschaft und Unterdrückung. Das englische Volk hat seine Weltherrschaft nur deshalb selbst in schwierigsten Perioden aufrechtzuerhalten vermocht, weil Demokratie und Freiheit dort keine leeren Begriffe, sondern zur Volkstugend geworden sind. Das deutsche Volk kämpft seit mehr als 100 Jahren um ein bißchen Freiheit und Mitbestimmungsrecht in der staatlichen und wirtschaftlichen Exekutive.

Die deutsche Arbeiterbewegung ist seit 80 Jahren der Vortrupp in diesem geschichtlichen Kampf. Sie ist bemüht, dem geistig hochentwickelten Hand- und Kopfarbeiter zum Mitbestimmenden an den Geschicken der Nation zu machen. Nun,

da die Demokratie in Deutschland seit etwa 13 Jahren am Ruder ist, da die Verfassung von Weimar langsam begann, sich im Volke eine breitere Resonanz zu schaffen, erwächst aus der Not der Zeit eine Bewegung, die das deutsche Volk um Jahrzehnte zurückzuwerfen sich anschickt.

Der unpolitische deutsche Bürger, im Knechtsinn geboren und erzogen, sehnt sich wieder danach, nach oben zu schielen und Befehlen zu gehorchen. Der bekannte Jurist Rudolf Olden hat diesen Untertanentyp kürzlich im „B. L.“ folgendermaßen gekennzeichnet:

Ob es nun schlecht ging oder weniger schlecht, immer gab es einige oder viele unter uns, die das Gleichgewicht von Kräften, das die Weimarer Verfassung eingerichtet hat, als krasse Unordnung empfanden und durchaus an seine Stelle das Uebergewicht eines einzelnen setzen wollten. Je mehr dies Gewicht dann gedrückt hätte, desto lustvoller hätten sie es ertragen. Es gibt immer Menschen, die des Zwangs bedürfen, und ihn um so lieber dulden, je grausamer er schneidet. Können sie gar an einem Zipfel seiner Ausübung teilnehmen, so sind sie vollkommen glücklich. Man nennt sie Radfahrer, weil sie den Rücken krümmen und nach unten treten. Aber es sind viele unter ihnen, denen es weniger auf die eigenen Beine, als auf die des andern an-

sammlungen ist der Gesundheitszustand des ganzen Volkes durch die besten Verzte zu prüfen, die Kranken und Schwachen sind auszuschneiden und zu vernichten. Auch außerhalb dieser Kontrollversammlung ist es die Pflicht eines jeden, der sich krank und elend fühlt, sich den Kontrollärzten zu stellen, für jeden, der einen kranken und elenden Menschen antrifft, ihn der Gesundheitspolizei zu melden.“ „Und sind schon viele denunziert worden?“ „O ja, wir zahlen für jede Anzeige zwei Millionen Federmark.“ „Lassen die Kranken sich denn das gefallen? Die Verzte werden doch sicher häufig von den Kranken bedroht werden?“ „Das hat Ernst Mann auch schon vorausgesehen. Er hat deshalb verlangt: Den Kontrollärzten ist genügend militärische Gewalt beizugeben, ihr Amt auch gegen den Willen der Kranken streng durchzuführen.“ „Aber wenn ich mich recht entsinne, ist doch die nationalsozialistische Parteileitung offiziell von dieser Schrift von Mann abgerückt!“ „Aber nur nach außen, damit die Frauen weiter Hitler wählen.“ „Ach ja, wenn sie gemerkt hätten, wie es im Dritten Reich zugeht, so hätte keine einzige Frau natio-

nalsozialistisch gestimmt.“ „Ja, und die Eingeweihten müssen doch Bescheid gegeben haben. Am 20. Februar 1930 hat der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Merk im Badischen Landtag wörtlich erklärt: „Es ist nicht angebracht, für Unheilbare, für Krüppel und Sieche Millionen von Mark aus der Allgemeinheit herauszunehmen.“

„Aber wie führen Sie die Vernichtung durch?“ „Bei der Voruntersuchung schon geben wir den Kranken und Krüppeln den Rat, Selbstmord zu begehen. Aber die meisten wollen weiterleben. Was sollen wir mit solchen Leuten? Die werden seit gestern alle noch einmal untersucht, und wenn die Verzte meinen, daß es schade um das Geld für die Kur ist, dann kommen sie in die Gaskammer.“

Sie schritten durch die üblichen Absperrungen in den Saal. In dem langen Raum waren Einzelzellen eingebaut, in denen die zu Untersuchenden entkleidet auf den Arzt warteten. Vor jeder Zelle stand mit entschärfter Waffe ein SA-Mann. Nach kurzer Rücksprache durften sie sich einem der Verzte anschließen.

„Was haben Sie denn angestellt? Sie sehen ja aus wie eine Ruine,“ fuhr der

Kontrollarzt den ersten Kranken an. „Ich bin Eisenbahner. Bin beim Rangieren zwischen die Puffer geraten.“ „Hm. Wie alt sind Sie? 43? Also sowieso nicht mehr voll arbeitswertig. Und dazu noch 70 Prozent invalide. Ja, lieber Mann, es tut mir außerordentlich leid, aber auf Grund der geltenden Bestimmungen des Dritten Reiches . . .

Der SA-Mann wird Sie heimbegleiten, damit Sie von Ihrer Familie Abschied nehmen können, und wird Sie morgen wieder hierherbringen. Fassen Sie sich, lieber Freund!“

Der SA-Mann zog den Vorhang zu.

In der Nachbarzelle saß ein Blinder in starker Erregung. Er wartete keine Frage ab. „Ich bin blind, das weiß ich selbst. Am Douaumont hat das Giftgas meine Augen zerfressen. Ich habe ja in der Republik auch kaum was bekommen, aber es hat wenigstens vor dem Verhungern geschützt. Aber jetzt im Dritten Reich sind die Kriegerrenten alle gestrichen worden, das ist der Dank des Vaterlandes! Wenn Sie mich jetzt in die Gaskammer schicken wollen, so sagen Sie es gleich. Die Untersuchung ist ja doch eine Komödie.“ „Beruhigen Sie sich, guter

dem, der über ihnen ist, und darauf, daß sie ihren Nacken unter fremden Füßen krumm machen dürfen. Wer ihnen erlaubt, sich gerade zu halten und frei zum Himmel aufzusehen, der ist ihr Feind. Sie misshandeln ihn und verschwören sich gegen ihn, sie ruhen nicht eher, als bis er erlegt ist durch einen, der sie anschnauzt und misshandelt und den sie dafür verehren.

Das ist der Typ des von keiner wahren Bildung beschwerten aber in seiner Knechtseligkeit zufriedenen rohen Spießbürgers. Er will die Herrschaft eines einzelnen oder weniger, die über ihn stehen. Er ist bereit, sich diesen „übernatürlichen“ Mächten willig unterzuordnen, wenn er nur die Berechtigung erhält, auf das Volk der Arbeit etwas mitherrumtrampeln zu können. Als der preußische Militarismus 1918 samt der Monarchie und dem ganzen Blunder zusammengebrochen war, erkannten weite Teile des deutschen Bürgertums, daß sie in diesen „Spitzen der Gesellschaft“ nichts anderes angebetet hatten als ihre eigenen Hirnspinne. Es schien eine Zeitlang, daß das deutsche Bürgertum in seiner Mehrheit bereit war, die in den Tiefen des Volkes schlummernden, unverbrauchten Kräfte zu mobilisieren und sie zum Aufbau eines wahrhaften demokratischen Staats nutzbar zu machen. Weil aber ein Land, das einen Krieg verloren hat, und die furchtbaren Lasten eines vollständigen Wiederaufbaues auf sich nehmen muß, nicht in ein paar Jahren in ein Paradies verwandelt werden kann, begannen viele an der Sendung der demokratischen Freiheit zu zweifeln. Ein nie gekannter wirtschaftlicher Zusammenbruch kam hinzu. Was lag näher, daß das deutsche Bürgertum jenem politischen Rattenfänger von Braunau nachließ, der die dunklen Instinkte des deutschen Untertanen wieder lebendig zu machen vermochte. Mit dem Nationalsozialismus brach eine Volkskrankheit aus, die einen Mischmasch von Hysterie und Untertanenromantik darstellt. Wenn wir auch

bestimmte Teile des deutschen Volkes niemals hoch eingeschätzt haben, so hätten wir es doch für unmöglich gehalten, daß eine solche Bewegung einen derartigen Zulauf bekommt. Und doch müssen wir erkennen, daß das Emporrasfen des deutschen Volkes zur Höhe der Freiheit und Demokratie über unendliche Klippen gehen wird. Der Kampf um die Selbst-

bestimmung des Volkes befindet sich erst im Anfangsstadium. Die deutsche Arbeiterbewegung muß sich wieder als ein kompakter Faktor zusammenfinden, damit sie jenen Glanz bekommt, um aus diesem Volke die Reste einer vergangenen Zeit endgültig auszurotten und die Bahn frei macht zur Freiheit und Demokratie.

Das Problem der Arbeitszeitverkürzung

Auf der in der Zeit vom 5. bis 8. Juli in London stattgefundenen Tagung der Internationalen Vereinigung für Sozialistischen Fortschritt wurde neben anderem auch das Problem der Verkürzung der Arbeitszeit auf internationaler Basis behandelt. Berichterstatter war der frühere tschechische Arbeitsminister Dr. Winter. Er ging in seinem Referat nach der „Sozialen Praxis“ Nr. 31 davon aus, daß die fortschreitende Technik eine Verkürzung der Arbeitszeit erfordert, wenn sie nicht zu dauernder Freisetzung zahlreicher Arbeitskräfte führen sollte. Auf die von der Vereinigung versandten Fragebogen haben nur sechs Landessektionen, die belgische, britische, bulgarische, deutsche, finnische und tschechische, geantwortet. Vorbehaltlos für eine Verkürzung der Arbeitszeit sprechend sich nur die bulgarische und tschechische Sektion aus. In Deutschland haben Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände einen einander entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Die belgische Sektion schließt sich der Resolution des Internationalen Arbeitsamts an. Finnland vermag die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit nicht anzuerkennen. Die britische Gruppe ist allenfalls für eine Verkürzung der Arbeitszeit auf der Grundlage der Fünftage-

woche. Für die Fünf-Tage-Woche erklären sich ferner die bulgarische und tschechische

Gruppe und die deutschen Arbeitnehmer. Von der tschechischen Gruppe werden als geeignete Industriezweige vorgeschlagen die Eisen-, Kohle-, Textil-, Glas-, Leder-, Bau-, graphische und chemische Industrie. Die zweitägige Aussprache zeigte eine große Verschiedenheit der Ansichten über diese Frage. Der eingesezte Arbeitsausschuß faßte seine Ansichten in einer Entschließung zusammen. Er schlägt u. a. vor, der nächste Kongreß wolle erklären: 1. daß die Herabsetzung der Arbeitszeit eines der hervorragenden Mittel ist, um die Arbeitsmöglichkeit auf eine größere Zahl von Lohnempfängern zu verteilen; 2. daß derjenigen Entschließung der 16. Arbeitskonferenz besondere Bedeutung innewohnt, die den Verwaltungsrat des I.A.L. ersucht, die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche mit dem Ziel zu studieren, eine internationale Regelung baldmöglichst zu erreichen. Der Arbeitsausschuß ersucht schon jetzt die Landessektionen, in ihrem Wirkungskreise die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Arbeitszeit zu propagandieren und darauf hinzuwirken, daß sie vorgenommen wird. Zur Erleichterung der Vorarbeiten des I.A.L. schlägt der Arbeitsausschuß den Landessektionen vor, im Vernehmen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Voraussetzungen für eine Arbeitszeitverkürzung in bestimmten Gewerben zu untersuchen.

Mann. Sie haben im Felde Heldenmut bewiesen, beweisen Sie ihn auch jetzt. Gehen Sie Ihren Weg tapfer zu Ende. Das Dritte Reich hat kein Geld für Blinde. Aber wenn Sie einen Revolver wünschen . . .“ „Her mit dem Schießfein! Dann kann ich wenigstens noch einen von euch Kunden mitgehen lassen. Dazu wird es auch bei mir noch langen.“ „Wenn Sie so denken, dann kann ich Ihnen nicht helfen.“ —

Der Arzt warf einen Blick auf die Krankentafel. „Liebe Frau, Sie haben es auf der Lunge und dazu noch eine Unterleibserkrankung. Was sind Sie denn von Beruf?“ „Textilarbeiterin.“ „So, und fünf Kinder. Leben die noch alle?“ „Zwei sind gestorben.“ „Kein Wunder. Hätten sich eben besser ernähren sollen.“

„Ja, mit weiteren Kindern wird's doch nichts mehr werden. Lebt Ihr Mann noch?“ „Er ist verunglückt.“ „So, dann schreibe ich Ihnen für die Kinder einen Leberweisungsschein ins Waisenhaus. Fassen Sie sich, gute Frau! Das Dritte Reich muß sparen.“ —

Der junge Bergarbeiter lehnte an der Wand. „Kinder?“ „Zwei.“ „Hätten sich

auch etwas mehr anstrengen dürfen.“ „Dann müßten Sie die Löhne erhöhen. Bei dem Lohnabbau im Dritten Reich . . .“ „Ach, lassen wir das. Wie alt ist Ihre Frau?“ „32.“ „Na, da ist sie ja noch jung, da findet sie schon noch wieder einen Mann. Fassen Sie sich, junger Mann.“

Der Kontrollarzt öffnete den Vorhang zur nächsten Zelle.

„Ich möchte nicht weiter zuhören, Herr Geheimrat!“ „Schwache Nerven?“ „Ich habe keinen Generaldirektor hier gesehen.“ „Mann, was erlauben Sie sich! Sie predigen Klassenhaß.“ „Und Sie führen als Arzt den Klassenkampf gegen die elendesten und ärmsten Männer und Frauen.“ „Ich lasse Sie abführen!“ Der SA-F. trat dazwischen: „Herr Geheimrat, die Herren stehen unter besonderem Schutz. — Ich möchte Sie allerdings bitten, meine Herren, derartige Diskussionen zu unterlassen. Folgen Sie mir hinaus!“

Deutschland erwacht

Das Straßenbild hatte sich völlig verändert. „Ich glaube nicht, daß wir noch durchkommen“, meinte der Chauffeur,

„es wird scharf geschossen.“ Toni wollte nicht warten. „Wir müssen, heute nacht läuft unser Passierschein ab.“ Der SA-F. war außer sich: „Ich begreife nicht, war die SA nicht auf dem Posten?“ „Man hat einen Fehler gemacht, man hat nur die zur Gaskammer Verurteilten scharf bewacht. Deren Angehörige sind in der ganzen Stadt herumgelaufen und haben geheßt. „Aber wir werden doch wenigstens zum Bahnhof durchkommen?“ „Unmöglich, auf den Schienen steht eine Straßenbahn neben der anderen.“ „Streikt die Lande? Wer streikt, wird erschossen!“ „Das Pack ist viel zu gerissen. Die streiken nicht, die üben passive Resistenz.“ „Passive Resistenz?“ „Ja, die Straßenbahner fahren so langsam, daß sie buchstäblich nicht weiterkommen. Auf den Zeichen haben sie schon ausfahren lassen, weil die Wetterstation zu langsam arbeitet. Das Gaswerk kann plötzlich nicht genug Druck erzeugen. Es ist eine Schweißerei! Es ist auch ein Wasserrohr geplatzt, natürlich bei der Hauptpost und natürlich ganz zufällig; der ganze Platz steht unter Wasser. Und das Kraftwerk vom Hitlerfender hat eine Störung, auch ganz zufällig.“

Das Krankenfassenparlament zu den Nöten der Zeit

Der Hauptverband deutscher Krankenkassen hielt kürzlich in Würzburg seine zweite Vertreterversammlung ab. Die Vertreterversammlungen sind an die Stelle der früheren Krankenkassentage getreten. Die Versammlung, die reich besetzt und auch von zahlreichen Behördenvertretern besucht war, wurde vom Bundesvorsitzenden, Stadtrat Ahrens, eröffnet und geleitet. Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums sprach Ministerialrat Sauerborn. Er betonte, daß es die Aufgabe der Behörden und Versicherungsträger sei, den Kern der Sozialversicherung zu erhalten. Da in der Krankenversicherung vorbeugende Maßnahmen frühzeitig getroffen seien, sei sie heute der gesundeste Zweig der Sozialversicherung. Als Vertreter der Gewerkschaften sprach Dr. Bröker vom ADGB. Sehr treffend bemerkte dieser, daß die Not des Volkes noch viel größer wäre, wenn nicht die Sozialversicherung einen Teil des Krisenstoßes abgefangen hätte. Die Sozialpolitik dürfe nicht der Reformfreudigkeit unberufener Personen ausgeliefert werden.

Den Geschäftsbericht des Vorstandes gab Geschäftsführer Fritz Bohmann. Er erörterte vor allem die vielfachen Bestrebungen, die Unkosten der Krankenversicherung unter möglichster Schonung des Versicherungsgutes zu senken. Entschieden abgelehnt werden müsse aber ein weiterer Abbau der Barleistungen der Versicherung. Der Redner verlangte zum Schluß, daß der den Krankenkassen zustehende Reichszuschuß für die Familienwochenhilfe auch wirklich bezahlt wird. Die Krankenkassen seien nicht finanzkräftig genug, um darauf verzichten zu können. Das Hauptreferat der Tagung lautete „Die Krisis der Krankenversicherung“. Redner war der geschäftsführende Vorsitzende Helmut Lehmann. Der Vor-

tragende zeichnete ein Bild der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Von hier aus betrachtete er die Lage der Krankenversicherung. Dann ging der Redner auf die Zustände über, wie sie sich durch die behördlichen Eingriffe (Notverordnungen usw.) bei den Krankenkassen entwickelt haben. Bedauerlich sei es, daß bis jetzt im wesentlichen nur die Versicherten Opfer gebracht hätten. Notwendig sei daneben eine Senkung der Gesehungskosten der Sachleistungen um mindestens 15 v. H. Anschließend stellte der Redner fest, daß wir ohne die Sozialversicherung bereits den völligen moralischen Verfall unseres Volkes hätten. Die Krankenversicherung muß nicht nur erhalten, sondern auch besseren Zeiten entgegengeführt werden.

Dem Vortrag folgte eine rege Aussprache. Ein Unternehmervertreter hatte die Kühnheit, für die Einführung eines gewissen Sparzwanges zu plädieren. Daß er von den Versicherten entsprechend zu rechtfertigen wurde, versteht sich von selbst. Die von dem Referenten vorgelegten Leitsätze wurden von der Versammlung ohne Widerspruch angenommen. Geschäftsführer Kiedel (Rathenow) behandelte die „Krankenversicherung der Erwerbslosen“. Geschäftsführer Okraf (Berlin) sprach über die Krankenhausfrage. Letzterer forderte eine wirksame Senkung der Pflegeätze, Abstufung derselben nach der Qualität der Krankenhäuser, Wegfall des Unterschieds zwischen ortsanfässigen und fremden Kranken usw.

Des ferneren wurden Vereinbarungen über die Durchführung bestimmter Paragraphen der Reichsversicherungsordnung von der Versammlung genehmigt. Stadtrat Ahrens gab in seiner Schlußansprache der Hoffnung Ausdruck, daß sich die Verhältnisse bald entschieden bessern mögen, damit die Aufbauarbeit

der Sozialversicherung in Ruhe fortgeführt werden könne. Die als reine Arbeitstagung aufgelegte Veranstaltung wird zur Gefunderhaltung der Krankenversicherung sehr viel beitragen.

Gestorben sind:

Am 12. Juli der Zigarrenarbeiter Emil Overbeck, 48 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 23. Juli der Zigarrenarbeiter Gustav Meinel, 74 Jahre alt (Zahlstelle Schöneck).

Am 28. Juli die Zigarrenarbeiterin Marie Krück, 52 Jahre alt (Zahlstelle Eschwege).

Am 31. Juli der Jurichter Johannes Seemann, 79 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).

Am 3. August die Zigarrenmacherin Marie Schielke, 39 Jahre alt (Zahlstelle Elbing).

Am 3. August die Wickelmacherin Elise Ulrich, 44 Jahre alt (Zahlstelle Schmölln).

Ehre ihrem Andenken!

Billige böhmische Bettfedern!



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Ruffedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245
bei Pilsen (Böhmen)

„Der Stab,“ berichtete er dann, „teilt mit, daß im Augenblick nichts zu befürchten sei. Die Betriebe werden verschärft bewacht, es kommt keiner rein oder raus. Und mit dem übrigen Gesindel werden wir schon fertig werden.“ —

Durch die Straßen gellte das Megaphon: Strafe frei! Von den Flikern sprang die SA. herunter und schlug mit Gummiknüppeln und Stahlruten auf die Passanten ein. Die Hauptstraßen wurden gesäubert. Aber immer wieder brachen aus den Seitenstraßen die Arbeiter hervor, es kam zum Handgemenge. Die SA. schoß scharf.

Ein Motorradfahrer raste heran. „Melddung vom Stab; Sie müssen versuchen, den Nordbahnhof zu erreichen. Der Hauptbahnhof ist völlig verstopft.“ „Verdammt, überall passive Resistenz! Bei passiver Resistenz ist niemand zu fassen. Man sollte die ganze Bande abschlefen wie tolle Hunde!“ „Das schlimmste ist,“ warf der Motorradfahrer ein, „unsere SA. reicht nicht aus, die hat genug zu tun, die Betriebe in Schach zu halten, und die von auswärts kommt nicht heran. Die Chauffeen sind wieder mal aufgerissen, richtige Barrikaden haben sie gebaut.“ „Und die

Bauern stecken mit diesen Halunken sicher unter einer Decke.“ „Natürlich, die sind noch immer wütend darüber, daß wir ihnen das Vieh weggenommen und die Vorräte beschlagnahmt haben.“

Ein Fliker hielt bei ihnen: „Bringt euch in Sicherheit. Auf Hütte Adolf hat die Belegschaft die SA. entwaffnet. Jetzt hat die Bande Waffen.“ Der Fliker saufte fort.

Doch sie kamen nicht weit. An der Schienenkreuzung waren zwei Straßenbahnen ineinandergesahren und nun stand die lange Reihe der Bahnen im Winkel eine hinter der anderen. Die Mannschaft des Flikers war abgesprungen und an der Arbeit, eine Durchfahrt zu schaffen.

Eine Sirene gellte. Der SA. eilte zum Fliker: „Das ist die Sirene von Hütte Adolf.“ Eine zweite Sirene fiel ein, von allen Seiten heulten Sirenen die Antwort. Eilig ließ der Fliker aufsitzen. Plötzlich setzte der Lautsprecher über der Tür des Eckladens ein: „Achtung, Achtung, wir geben wieder Nachrichten durch. Bochum: Die Hammerschaften haben die Betriebe gesäubert, die SA. flieht. Mann-

heim: SA. verjagt. — Leunawerk marschiert auf Halle. Hamburg: Hafen und Werften im Streik. Breslau: Generalstreik, die Hammerschaften beherrschen die Stadt. — Im Arbeitsdienstlager Döberitz wird gekämpft. Leipzig, Chemnitz, Stuttgart, die Meldungen jagen sich, auch München meldet Generalstreik. — Achtung, Achtung, Berlin! Berlin meldet: Hitler im Flugzeug geflohen! Köln . . .“

Der Fliker jagte davon. „Nachkommen!“ brüllte der SA. ihnen im Davonfahren zu. Der Chauffeur ließ den Motor an. Doch Toni fiel ihm in den Arm: „Siergeblieben!“ „Ich habe Sie beim Stab abzuliefern.“ „Wir bleiben hier! Arbeiter gehören zu Arbeitern!“

Lastkraftwagen brausten heran und stoppten an der Ecke; bewaffnete Arbeiter sprangen herab, ein Zug formierte sich. „Jetzt ist Schluß mit der braunen Herrlichkeit, jetzt wird aufgeräumt. Deutschland muß den Arbeitenden gehören! Vorwärts, Kameraden!“

Die Donawitzer Metallarbeiter reichten sich ein.

Deutschland war erwacht. Ueber der Stadt heulten die Sirenen zum Kampf.